

Freie Presse

Abonnementspreis: Die halbjährliche Ausgabe 10 Mk. — Ausland 12 Mk.
Die vierteljährliche Ausgabe 5 Mk. — Für Adressänderungen 50 Pf.
Abonnementsannahme bis 7 Uhr abends.

Bezugspreis: Die Zeitung erscheint täglich morgens. Sonntags und Feiertagen außer in der Zeit und Ausgabestellen 1 Mark 20 Pfennige, wozu 10 Pfennige für den Postzuschlag bei Postbestellung 1.25 Mk. gegen 1.00 Mk.

Nr. 141

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer Straße 86

2. Jahrgang

Die deutschen Friedensvorschläge.

Die deutschen Gegenvorschläge, die Graf Brockdorff-Rantzau am Donnerstag der alliierten Friedenskonferenz unterbreitete, lassen sich in folgende allgemeine Uebersicht zusammenfassen:

Indem die deutsche Delegation den Grundgedanken ihres eigenen Völkerbündentwurfs aufrecht erhält, erklärt sie sich bereit, auf der Grundlage des Ententeentwurfs zu verhandeln, unter der Voraussetzung, daß Deutschland sofort bei Unterzeichnung des Friedensvertrages gleichberechtigt in den Völkerbund eintritt und insbesondere an vollkommener Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit aller Nationen auf wirtschaftlichem Gebiete teilnimmt. Unter dieser Bedingung stimmt die deutsche Delegation den im Ententeentwurf vorgeschlagenen Bestimmungen über Land, Seemacht und Luftstreitkräfte zu. Wenn die Regierung der deutschen Republik also bereit ist, vor anderen Mächten abzurufen, so muß sie andererseits eine Uebergangszeit hierfür verlangen, während deren sie eigentlich die zur Aufrechterhaltung der Ordnung nötigen Truppen behält. Die Dauer der Uebergangszeit sowie die Truppenstärke soll besonders vereinbart werden, falls vom Völkerbund festgelegt werden. Deutschland ist ferner bereit seine Festungen im Westen zu schließen, eine militärisch unbesetzte Zone dort einzurichten und nicht nur die von der Entente geforderten Ueberwasserfahrzeuge sondern namentlich die Minenschiffe zur Verfügung zu stellen. Dabei muß der Satz, daß die Abrüstung der Kontrolle des Völkerbundes untersteht, auch für Deutschland gelten. Zur Festhaltung der Einzelheiten dieser Vorschläge verlangt die deutsche Delegation die Aufnahme mündlicher Verhandlungen.

In dem Abschnitt über territoriale Fragen wird zunächst in Uebereinstimmung mit dem bekannten Punkte Wilsons der Grundsatz aufgestellt, daß kein Gebiet von Deutschland abgetrennt werden darf, dessen nationale Zugehörigkeit durch Jahrhunderte lange konfliktlose Vereinigung zum deutschen Staatswesen unbestreitbar bewiesen ist, oder wenn dies nicht zutrifft, daß die Bevölkerung sich nicht mit der Abtrennung einverstanden erklärt hat. Diese Erklärung muß durch Volksabstimmung abgegeben werden, woran alle über 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Angehörigen des Deutschen Reiches teilnehmen, die in Gemeinden ihren Wohnsitz haben und bereits ein Jahr vor Friedensschluß hatten. Die Wahl muß streng geheim sein. Alle Truppen müssen aus den strittigen Gebieten entfernt und die Verwaltung des Gebietes bis zur Abstimmung einer Behörde aus Angehörigen von neutralen Staaten unterstellt werden. Außerdem verlangt der deutsche Gegenvorschlag, daß der Friedensvertrag in Uebereinstimmung mit den Gedanken des Völkerbundes, den nationalen Minderheiten Schutz gewährt. Im einzelnen erhebt der deutsche Vorschlag Einspruch dagegen, daß Neutral-Moresnet und Breußisch-Moresnet ohne Volksabstimmung und Eupen sowie Malmédy durch nicht geregelte Volksabstimmung an Belgien angegliedert werden sollen. Dem Wunsche des Ententeentwurfs, aus dem großen Waldbereichum des Kreises Eupen Ersatz für den durch den Krieg zerstörten belgischen Waldbestand zu schaffen, soll durch Abmachungen über Holzlieferungen entsprochen werden. Jedenfalls aber sollen um Holz willen, Menschen nicht von einer Souveränität zur anderen verschoben werden.

Gegenüber dem Ententeentwurf über das Saargebiet wird die bereits in den deutschen Noten vom 13. und 16. Mai angebotene Lösung wiederholt, wonach der französische Kohlenbedarf vor allen durch die Lieferungsverträge und Beteiligung sichergestellt werden soll. Dabei wird betont, daß der Wiederaufbau der französischen Bergwerke des nördlichen Kohlengebietes allerhöchstens nach 10 Jahren beendet sein wird, während die von der Entente vorgeschlagene Eigentumsübertragung dieser Bergwerke hundertfachen der französischen Forderung erreichen würde. Auch der Vorschlag der Entente, daß Elsaß-Lothringen ohne Abstimmung an Frankreich abzutreten wäre, würde lediglich eine neue Quelle des Volkshasses schaffen. Statt dessen müssen bei der Abstimmung drei Fragen vorgelegt werden, ob Elsaß-Lothringen mit Frankreich oder

als Freistaat mit dem Deutschen Reich vereinigt werden wolle, oder volle Unabhängigkeit insbesondere Freiheit des wirtschaftlichen Anschlusses an einen der Nachbarn vorziehe. Für den Fall des Anschlusses müssen die Rechte sämtlicher Bewohner Elsaß-Lothringens sichergestellt werden. Die Einbeziehung des rechtsrheinischen Hafens von Kehl in die französische Organisation ist nicht zu rechtfertigen.

Elsaß-Lothringen muß einen entsprechenden Teil von den Schulden übernehmen, und schließlich muß auf der Grundlage der Gegenseitigkeit durch ein Sonderabkommen eine Regelung aller Fragen, die sich auf deutsche Arbeiter- und Angestelltenversicherung beziehen, in Elsaß-Lothringen erfolgen.

Deutsch-Oesterreich muß nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker die Möglichkeit haben, sich aus freiem Entschluß und ohne Zwang dem deutschen Reich anschließen zu dürfen.

Die Abtretung des größten Teils Oberschlesiens wird abgelehnt, da dieses Gebiet jahrhundertlang konfliktlos zu Deutschland gehört und auch bei den letzten Wahlen im Jahre 1919 zur deutschen Nationalversammlung eine deutsche Mehrheit aufwies. Ueberdies ist es wichtig, daß Polen Oberschlesien nicht benötigt, während Deutschland es nicht entbehren kann; und daß im übrigen die Interessen der ober-schlesischen Bevölkerung durch ein Verbleiben bei Deutschland am sichersten gewährleistet wird. Es liegt im Interesse der Alliierten, Oberschlesien bei Deutschland zu belassen, denn die Verpflichtungen aus dem Weltkrieg kann Deutschland niemals ohne Oberschlesien erfüllen.

Weite Teile der Provinz Posen haben eine überwiegend deutsche Bevölkerung. Soweit aber die Provinz Posen unbestreitbar polnisch ist, willigt Deutschland in die Abtretung dieser Gebiete ein.

Westpreußen ist altes deutsches Land mit ziffernmäßiger Mehrheit deutscher Bevölkerung, welches wirtschaftlich, sozial und kulturell der polnisch-litauischen Bevölkerung weit überlegen ist. Abgesehen von einem Verbindungsweg mit Ostpreußen, welcher Deutschland unbedingt erhalten bleiben muß, ist Deutschland bereit, westpreußische, die unzweifelhaft polnisch besiedelt sind, an Polen abzutreten. Die deutsche Regierung muß die Abtretung Danzigs ablehnen und fordern, daß Danzig und Umgebung bei Deutschland belassen werde. Die Regierung ist bereit, die Häfen Memel und Königsberg zu Freihäfen auszugestalten und dort Polen weitgehende Rechte einzuräumen und die Errichtung und Befestigung der erforderlichen Hafenanlagen zu sichern. Deutschland lehnt die Losrennung ostpreussischer Gebiete von Deutschland ab. Die Bevölkerung dieser Gebiete hat niemals das Verlangen geäußert, losgetrennt zu werden. Ein gleiches gilt in Westpreußen für die Kreise Marienburg, Stuhm, Marienwerder und Rosenberg. Deutschland lehnt die Losrennung der Kreise Memel, Heidekrug, Tilsit und Ragnit ab, deren überwiegend deutsche Bevölkerung niemals Losrennungswünsche bekundet. Die deutsche Regierung verlangt, daß in den an Polen abzutretenden Gebieten die bisherigen deutschen Angehörigen wirksam beschützt werden, um sie vor Unterdrückung zu bewahren.

Die Strafbestimmungen in dem Friedensinstrument der Entente könne man nicht anerkennen. Es sei nicht angängig, deutsche Staatsangehörige, wie u. a. den Kaiser, vor ein Gericht zu ziehen, in dem die Alliierten selber Kläger und Richter zu gleicher Zeit seien. Deutschland schlage abermals Errichtung eines neutralen Gerichtshofes vor, vor den alle Personen kommen müßten, die der internationalen Rechtsverletzungen beschuldigt werden.

Einer der wichtigsten Teile der deutschen Gegenvorschläge behandelt die finanziellen Schadenersatzleistungen.

Der Wiederaufbau Nordfrankreichs und Belgiens soll durch freie deutsche Arbeitskräfte vorgenommen werden. Deutschland erklärt sich bereit, bis zum Jahre 1923 einen Betrag von 20 Milliarden in Goldmark zu bezahlen. Vom 1. Mai 1927 will es in jährlichen zinsfreien Abschlagsraten einen Betrag entrichten, der in keinem Fall 100 Milliarden Mark übersteigen darf, einschließlich der vorausbezahlten 20 Milliarden Mark. Deutschland ist außerdem bereit, die Schuld, die Belgien während des Krieges

Vermögensanmeldung der Deutsch-Oesterreicher in Polen.

Alle Deutsch-Oesterreichischen Staatsangehörigen, welche im Gebiete der Republik Polen ihren ständigen oder zeitweisen Wohnsitz haben, wollen sich zwecks obligatorischer Vermögensanmeldung in der Kanzlei der österreichisch-ungarischen Vertretung in Warschau, Jerosolimskastr. 70, werktäglich, zwischen 10 Uhr vormittags und 1 Uhr nachmittags einfinden.

bei den Alliierten aufgenommen hat, zu übernehmen, lehnt es aber ab, die Versorgung der Kriegshinterbliebenen und Kriegsbeschädigten in den Ententeländern zu übernehmen. Der Gesamtcharakter, für den Deutschland aufkommen solle, müsse durch eine zweiseitige Kommission nach oben begrenzt werden, wobei Voraussetzung bleibe, daß die deutschen Gesamtoverpflichtungen 100 Milliarden Mark nicht übersteigen dürfen.

Die Verfasser der deutschen Denkschrift sind Prof. Max Weber, Prof. Mendelssohn, Prof. Hans Delbrück und General Graf Montgelas.

Das deutsche Entschädigungsangebot.

Der Schriftleiter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ Dr. Föhlinger, hatte eine Unterredung mit dem Reichsfinanzminister Dernburg über den deutschen Vorschlag einer Kriegsentchädigung von 100 Milliarden Goldmark. Minister Dernburg erklärte nachdrücklich, daß das deutsche Zugeständnis als außerordentlich weitgehend anzusehen sei und daß wenn die Zahlung einer solchen Riesensumme überhaupt in Betracht komme, bestimmte Voraussetzungen von der Gegenseite erfüllt werden müßten.

Die Anerkennung einer Höchstsumme von 100 Milliarden Goldmark belastet den ohnehin stark angespannten Etat in sehr bedenklicher Weise, und es wird außerordentlich schwierig sein, die jährliche Summe von einer Milliarde aufzubringen; daß die in Betracht kommende Summe nicht in Gold gezahlt werden kann, sei klar. Als Gegenwert komme lediglich die deutsche Arbeit in Betracht. Notwendig ist ferner, daß die Entente sich über eine internationale Rechtshilfe verständigt, derart, daß die finanziellen Defizite mit zu den deutschen Lasten herangezogen werden. Es wäre undenkbar, wollte man diejenigen freilassen, die sich durch Kapitalflucht in das Ausland der Steuer-Erfassung entzogen haben. Sie müssen genau so an den Lasten tragen, wie diejenigen, die im Lande verblieben sind. Das wird auch die Entente einsehen müssen, wenn sie zu ihrem Gelde kommen will. Alles in allem müsse sich das deutsche Volk darüber im klaren sein, daß es mit dem finanziellen Zugeständnis ein Opfer bringt, wie es niemals zuvor in der Weltgeschichte ein Volk gebracht hat.

Geringe Hoffnung auf Verständigung.

Die Berliner Blätter beschäftigen sich weiter mit den deutschen Gegenvorschlägen. Stampfer schreibt im „Vorwärts“: Wir bleiben bereit, die durch die Gegenvorschläge übernommenen Verpflichtungen auszuführen, auch über eine andere Formulierung zu verhandeln, wir verharren aber bei der Weigerung, solchen Vertrag zu unterzeichnen, den wir nur mit dem Vorbehalt unterzeichnen könnten, ihn nicht zu halten. — Im „Berl. Tagebl.“ bespricht Gotheim nochmals die Note Clemenceaus über die wirtschaftlichen Bedingungen, welche geringe Hoffnung gebe, daß es zur Verständigung kommen werde. Die Note sei nur von dem Geiste diktiert: der Sieger hat in allem Recht, der Besiegte in allem Unrecht.

Vorliegende österreichische Pressestimmen äußern sich befriedigend über das deutsche Memorandum, so insbesondere „Neues Wiener Tageblatt“ und „Volkszeitung“. Die Denkschrift zeuge in ihrer umfassen Klarheit für die geistige Bedeutung der deutschen Nation. Von der Kühnheit der finanziellen Angebote würde man erschrecken, hätte nicht das deutsche Volk im Krieg und Frieden nahezu einen grenzenlosen Arbeitsmut und ebenso große Leistungskraft bewiesen.

Die neutrale Besprechung der Gegenvorschläge ist freundlich. „Nieuwe Courant“ schreibt: Deutschland ist durch die Niederlage in der Idee befehrt, die die Neutralen während

des Krieges betonten und Wilson oft verkündete. Allein auf diesem Wege ist der Friede möglich.

Graf Brockdorff-Rantzau über die Lage.

Berlin, 2. Juni. (Posener Funkstation.)

Aus Versailles wird gemeldet: In einem Gespräch mit dem Vertreter des Bureaus „Europa Press“ erklärte Graf Brockdorff-Rantzau unter anderem: Falls im Oktober 1918 Deutschland zugunsten worden wäre, statt der Annahme der verabschiedeten Friedensgrundsätze sich zu den Sünden zu bekennen, so hätte es weiter gekämpft. Jetzt kann es nicht weiter kämpfen, aber es kann noch immer ein „Nein“ sagen. Auf die Frage, ob der Minister jede weitere Möglichkeit eines günstigen Ausganges der Arbeit der deutschen Friedensdelegation ausschließt, sagte der Graf: Meine Absicht ist nach wie vor, unsere Gegner davon zu überzeugen, daß die Herren Wilson, Lloyd George und Clemenceau nicht berechtigt sind, sich als Richter der ganzen Welt aufzuspielen. Wenn ich mich in ihre Lage versetze, so fühle ich, daß ich mich einer solchen Gottähnlichkeit fürchten müßte. Mit dem Augenblick, da aus dem Friedensvertrag jeder sittliche Rierat beseitigt worden ist, der als Maßstab zur Festlegung der Strafe dienen soll, erscheint der Vertrag den Deutschen in gewisser Beziehung annehmbar. Wir verstehen, daß wir als Besiegte die Opfer des Krieges tragen müssen. Aber wir sind nicht damit einverstanden, daß wir als irgend welche Verbrecher unsere Zurücksetzung in eine zweite Volksklasse unterschreiben sollen.

Wichtige Beratungen in Berlin.

Berlin, 2. Juni. (P. A. T.)

Die Abgeordneten aller politischen Parteien wurden telegraphisch nach Berlin berufen. In den ersten Tagen dieser Woche werden wichtige Fraktionsberatungen stattfinden.

Die österreichischen Friedensbedingungen.

Paris, 2. Juni. (P. A. T.)

Die Friedensbedingungen werden der österreichischen Delegation am Sonnabend, den 7. Juni, überreicht werden. Die Vertreter der Mächte, die die Beziehungen mit Oesterreich abgebrochen haben, stellen sich auf den Standpunkt Bratinnus. Auf Antrag Wilsons, der eine Rede hielt, werden die einzelnen Bestimmungen des Vertrages durchberaten werden.

Die Verpflichtungen für Deutsch-Oesterreich.

Aus Lyon wird gemeldet: Nach dem den österreichischen Delegierten zu überreichenden Friedensvertragsentwurf wird Deutsch-Oesterreich auf ein Gebiet mit sieben Millionen Einwohnern beschränkt. Die Bestimmungen über die Abrüstung erinnern an die Deutschland auferlegten Verpflichtungen. Die Armee wird auf den Stand einer einfachen Polizeimacht gesenkt mit höchstens 20.000 bis 30.000 Mann. Die österreichische Marine hört vollkommen zu bestehen auf und wird unter die Verbündeten aufgeteilt. Endlich ermöglichen die im Vertrag enthaltene Vorsichtsmaßregeln, wie die gegenüber Deutschland getroffenen, sich offen zu vergewissern, daß Oesterreich seine Handelsluftfahrzeuge nicht in eine Kriegsluftflotte umwandeln werde. Aus Versailles wird gemeldet: Die Anordnung bei Ueberreichung des Friedensvertrages in Saint-Germain entspricht ungefähr der vom 7. Mai in Versailles. Wieder wird Clemenceau die Sitzung mit einer kurzen Ansprache eröffnen und es wird eine Antwort des Staatskanzlers Dr. Renner erwartet. Die österreichische Abordnung wird wie die deutsche in den Sitzungssaal geführt. Dudaßta überreicht während der Rede Clemenceaus den Text der Friedensbedingungen.

Die Sitzung soll nur zwanzig Minuten dauern. Eine parlamentarische Korrespondenz will aus Wiener Abgeordnetenkreisen erfahren haben, daß es zwischen Dr. Renner und dem Großteil der Mitglieder der deutschösterreichischen Friedensdelegation zu einem Konflikt gekommen sei, weil Dr. Renner angeblich die Absicht hatte, auf die Ansprache Clemenceaus französisch zu antworten. Die Mitglieder der Friedensdelegation hätten den Standpunkt vertreten, Dr. Renner habe wie Graf Brodorsky-Rangan in deutscher Sprache zu antworten. Nach der Ueberreichung der Friedensbedingungen an die deutschösterreichische Delegation in Saint-Germain wird sich Staatskanzler Dr. Renner nach einer Versäuer Melbung sofort auf seine Reise nach der deutschösterreichischen Grenzstation Feldkirch begeben. In Feldkirch wird er mit dem Staatskanzler des Neupreußen Dr. Otto Bauer eine Zusammenkunft haben. Die Prüfungzeit für den Vertragsentwurf, die von der Entente der deutschösterreichischen Delegation zugestanden werden soll, dürfte noch kürzer sein als die den Deutschen bewilligte. Angeht es auch mit der deutschösterreichischen Delegation nur auf schriftlichem Wege verhandelt werden und die Antwort der deutschösterreichischen Delegation bereits nach acht Tagen erfolgen.

Beratung der Rheinabgeordneten.

Berlin, 2. Juni. (P. A. L.)

Sonnabend versammelten sich die Abgeordneten der Rheinprovinzen und besprachen die Absonderungsbestrebungen dieser Provinzen.

Der Widerstand Westpreußens.

Berlin, 2. Juni. (P. A. L.)

Die deutschen Blätter melden, daß bei Besetzung der den Polen zugesprochenen Gebiete durch die polnischen Truppen letztere seitens der Bevölkerung auf Widerstand stoßen würden.

Unzufriedenheit der Portugiesen.

Lissabon, 2. Juni. (P. A. L.) (Savas. Verspätet.) Die Meldungen aus Paris über den Friedensvertrag betr. Portugal ruft im Lande ungeheure Entrüstung hervor. Die Bewegung ergreift als Zeichen des Protestes alle gesellschaftlichen Kreise. Es wurden zahlreiche Adressen an die portugiesische Delegation in Paris geschickt, sowie Briefe an Clemenceau, Wilson und Lloyd George.

Ein sozialistischer Verfassungsentwurf.

Die polnische sozialistische Partei hat durch den Reichstagsabgeordneten Niedziakowski dem Reichstag einen Verfassungsentwurf unterbreitet, aus dem wir die wichtigsten Mittel bringen. Wir werden nicht verfehlen, demnachst auch auf die von anderen Parteien eingebrachten Entwürfe zurückzukommen.

Antrag des Sejmabgeordneten Niedziakowski.

Grundsätze.

Art. 1. Das polnische Reich ist eine freie und unabhängige Republik. Die gesamte Macht in der polnischen Republik wird von allen Bürgern des Reiches geschaffen.

Art. 2. Die oberste Behörde in der Republik ist der von der Gesamtheit der Bürger gewählte und unter der unmittelbaren Aufsicht des Volkes stehende Sejm. Der Sejm ist eine Verkörperung der höchsten gesetzgebenden Macht, prüft und bestätigt die Entwürfe des Reichsbudgets, schafft leitende Vollstreckungsorgane und beaufsichtigt deren Tätigkeit.

Art. 3. Die oberste Vollstreckungsmacht im Reich gehört dem Präsidenten der Republik und dem vor dem Sejm verantwortlichen Ministerrat.

Försters Hannchen.

Roman von W. Norden.

(36. Fortsetzung.)

„Noch lohnt es ja nicht,“ sagte er leise. „Es müssen doch erst mehr da sein!“

„Das sah der Diener ein.“

Eigentlich war ihm nicht recht wohl in seiner Haut, denn einmal entwickelte der Martin einen schier fabelhaften Durst, sodann mußte er auch fürchten, zu spät heimzukommen und ausgezankt zu werden.

Aber hatte er A gesagt, so mußte er auch B sagen, und so hielt er denn etwas ungeduldig, aber doch standhaft aus.

Manchen Schoppen hatten beide schon geleert, als die Feterabendglocke endlich läutete und die Wirtstube sich zu füllen begann.

Dem Spitzbuben waren es freilich noch immer nicht genug; als Ferdinand ihm aber leise und während erklärte, daß er auf keinen Fall länger warten, sondern lieber auf die ganze Geschichte verzichten würde, legte Martin los.

„Ja, Herr Kammerdiener,“ sagte er so laut, daß alle Umstehenden es hören mußten. „Sie sind ein braver, christlich gesinnter Mann, Sie haben mit einem armen Kräppel Mitleid und rücken nicht von ihm ab, weil er ein paar Monate hinter schwedischen Gardinen gefessen hat. Sie brauchen sich dessen auch nicht zu schämen, denn, die Wahrheit gesagt, — wegen dem einen Reh, das ich da geschossen habe, ohne einen Jagdschein zu besitzen, hat man mich nicht eingesperrt. Sehen Sie, die Sache ist tief. Der Herr Graf, dem ich all mein Unglück verdanke, hat nämlich auch in einem anderen Revier gejagt, ohne einen

Art. 4. Die Gerichtsbarkeit üben in der Republik die auf Grund von Sejmgesetzen bestehenden Gerichte aus mit dem Obersten Gericht an der Spitze.

Art. 5. Die Republik paßt die Eigentumsformen den gesellschaftlichen Bedürfnissen und den Arbeitsverhältnissen an. Sämtliche Mittel der Erzeugung, des Verkehrs und des Austauschs stehen unter der Aufsicht der Republik. Das Reich wird die zur Vergesellschaftung geeigneten Industriezweige in der vom Gesetz vorgeschriebenen Weise unter seine unmittelbare Verwaltung nehmen.

Art. 6. Die Arbeit bleibt als die Grundlage der Republik unter deren ausschließlichem Schutz. Vertreterin der Arbeitsinteressen ist die Arbeitskammer, die von den Arbeitenden in der gesetzlich bezeichneten Weise gewählt wird.

Art. 7. Die Ländergebiete der Republik mit in nationaler Beziehung gemischter Bevölkerung oder mit vorwiegend nichtpolnischer Bevölkerung werden gesonderte Verwaltungseinheiten bilden.

An der Spitze dieser Gebiete werden Landräte stehen, die gewählt werden durch allgemeine, gleiche, geheime, direkte und relative Abstimmung bei Beteiligung aller volljährigen Bürger des Reichs und der Bewohner der in Frage kommenden Gebiete ohne Unterschied des Geschlechts. Diese Räte üben ihre Macht in den Grenzen der vom Sejm begrenzten Gebiete aus.

Art. 8. Die bürgerlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen obliegen in den vom Sejmgesetz bezeichneten Grenzen den Organen der städtischen, Kreis- und Gemeinde-Selbstverwaltungen, die durch allgemeine, gleiche, geheime, direkte und relative Abstimmung bei Beteiligung aller Bürger des Reichs und der Bewohner der betreffenden Stadt, des Kreises oder der Gemeinde ohne Unterschied des Geschlechts gewählt werden.

Rechte der Bürger.

Art. 9. Bürger der polnischen Republik ist Jedermann, der innerhalb des Reiches geboren ist oder in gesetzlich vorgeschriebener Weise das polnische Bürgerrecht erworben hat.

Die Erwerbung oder der Verlust des polnischen Bürgerrechts vollzieht sich in der gesetzlich vorgeschriebenen Weise.

Art. 10. Sämtliche Bürger der Republik ohne Unterschied des Geschlechts, der Herkunft, des Stimmrechts und des Glaubens sind gleich vor dem Gesetz.

Art. 11. Die Bürger der Republik genießen das Recht der Versammlung, der Gründung von Vereinen und Verbänden, der Einbringung von Gesuchen.

Art. 12. Freiheit des Gewissens, des Wortes und der Presse wird verbürgt. Zensur kann in keinem Falle eingeführt werden. Niemand kann zur Verantwortung gezogen werden für mündlich, schriftlich, im Druck oder in anschaulicher Weise zum Ausdruck gebrachte Meinungen. Ein besonderes Gesetz wird die Verantwortung für den Mißbrauch dieser Freiheit festlegen.

Art. 13. Der Bürger der Republik kann weder verhaftet noch einer Verleumdung unterzogen werden ohne Befehl der Gerichtsbehörden, mit Ausnahme der Betretung auf frischer Tat.

Verhaftete, denen im Laufe von 48 Stunden die Gründe ihrer Festhaltung schriftlich mitgeteilt worden sind, werden sofort befreit.

Art. 14. Jeder Bürger der Republik genießt die uneingeschränkte Freiheit des Aufenthalts und Wohnrechts, sowie der Uebertragung seines Eigentums nach beliebigem Ort innerhalb der Grenzen des Reiches.

Art. 15. Die Bürger genießen die Freiheit der Auswanderung. Eine Begrenzung auf diesem Gebiet kann nur durch Gesetz geschaffen werden.

Jagdschein zu besitzen, und weil ich ihn eben dabei abgefaßt —!

„Schwagt kein dummes Zeug über meinen gnädigen Herrn Grafen!“ wehrte Ferdinand, Entrüstung heuchelnd, ab.

Die Männer und Burschen ringsumher waren aufmerksam geworden.

Man spitzte die Ohren.

Martin stellte sich betrunken, als er wirklich war, und schlug mit der Faust auf den Tisch.

„Was? Dummes Zeug? Na, auf Rebe hat der Herr Graf nun freilich nicht gepircht! Aber dummes Zeug? Schachaha! Fragt nur den jungen Schulzen!“

Längst war jedes andere Gespräch in der Wirtstube verstummt.

Alles drängte an den Tisch heran und lauschte mit offenem Munde den Geschichten, die der Martin nun zum Besten gab.

Mit dem Rentkette in der Maiennacht fing er an.

Ein wahrer Kern war an allem, was er erzählte, jedoch fehlte er jenseit hinzu und verdrehte die Tatsachen in einer Weise, daß an dem geheimen Einverständnis zwischen Hannchen und dem Grafen gar kein Zweifel obwalten konnte.

Natürlich nahm man nicht alles ruhig hin. Ferdinand verteidigte, um sich den Rücken zu decken, scheinbar seinen Herrn.

Die anwesenden Gäste aber, welche die Schleichheit Martin's kannten, stellten sich auf Hannchen's Seite und erklärten Martin für einen ganz elenden Schrausneider.

Das genierte ihn aber nicht. Er lag unverdrossen weiter, denn da er das tatsächliche Material erschöpft hatte, sein Durst aber noch lange nicht erschöpft war, so verlängerte er die Ge-

Art. 16. Die Wohnung des Bürgers der Republik ist unantastbar.

Das Betreten der Wohnung, eine Hausdurchsuchung, Zurückhaltung von Papieren und beweglichen Gegenständen kann nur auf Grund schriftlichen Befehls der Gerichtsbehörden und in den vom Gesetz vorgesehenen Fällen erfolgen.

Art. 17. Die Korrespondenz des Bürgers der Republik ist unantastbar.

Das Briefgeheimnis kann verletzt werden nur auf Grund gerichtlicher Verfügungen in den vom Gesetz vorgeschriebenen Fällen.

Art. 18. Die Todesstrafe, Körperstrafe und jegliche Strafen, die die Menschenwürde verletzen, werden abgeschafft.

Art. 19. Jede Kirche und jede Religionsvereinigung kann öffentliche und geschlossene Gottesdienste abhalten. Kirchen und Religionsvereinigungen unterliegen den allgemeinen Vorschriften über Vereine.

Art. 20. Wissenschaft und Unterricht sind frei. Jeder Bürger der Republik hat das Recht zu unterrichten, Schulen oder Erziehungsanstalten zu eröffnen, sowie letztere zu leiten auf Grund der gesetzlich festgesetzten Bedingungen. Der Unterricht in den vom Staate oder von den Organen der Selbstverwaltung unterhaltenen Schulen muß unentgeltlich sein.

Art. 21. Die Freiheit der nationalen und kulturellen Entwicklung der nationalen Minderheiten ist in den Grenzen der Reichseinheit gewährleistet.

Art. 22. Der auf dem Boden der Republik sich aufhaltende Ausländer steht unter dem Schutz dieser Satzungen und genießt die persönlichen Rechte, die den Bürgern des Reiches verfassungsgemäß gewährt sind.

Art. 23. Die Aufhebung der bürgerlichen Freiheiten und Einführung des Ausnahmezustandes auf dem ganzen Gebiet der polnischen Republik kann ausschließlich auf Grund eines von einer 2/3 Stimmenmehrheit gefaßten Beschlusses des Reichstags erfolgen.

Art. 24. Die Aufhebung der bürgerlichen Freiheiten und die Einführung des Ausnahmezustandes in einem Teile des Gebiets der Republik kann auf Grund eines von einer üblichen Stimmenmehrheit gefaßten Beschlusses des Reichstags erfolgen.

Eine Abweichung von dem obigen Grundsatz sieht Art. 25. des Verfassungsentwurfs vor.

Art. 25. Falls der Ministerrat in Anbetracht der Sicherheit des Staates die Aufhebung der bürgerlichen Freiheiten und die Einführung des Ausnahmezustandes während der Unterbrechung zwischen den Sessionen des Reichstags für unbedingt notwendig hält, so erläßt der Präsident der Republik mit der Gegenzeichnung des Vorsitzenden des Ministerrats und aller Minister eine entsprechende Verfügung.

Art. 26. Im Falle des Erlasses einer Verfügung seitens des Präsidenten der Republik über Aufhebung der bürgerlichen Freiheiten und Einführung des Ausnahmezustandes gemäß dem Art. 25 der gegenwärtigen Satzungen tritt der Reichstag am 8. Tage nach dem Datum der Veröffentlichung des Erlasses zusammen.

Ein solcher Erlass, der im Laufe von 24 Stunden nach Eröffnung der Sitzung vom Reichstag nicht bestätigt worden ist, verliert seine Rechtskraft.

Art. 27. Sämtliche Titel, mit Ausnahme der wissenschaftlichen, werden auf dem gesamten Gebiete der polnischen Republik abgeschafft.

Den Bürgern der Republik ist es verboten, ausländische Orden anzunehmen.

(Schluß folgt.)

Lozales.

Lodz, den 3. Juni.

Direktor Karpinski. Aus Moskau ist die Nachricht eingetroffen, daß der ehemalige Inspektor des früheren Lodzer Krons-Knabengymnasiums Andreas Karpinski gestorben ist. Im Jahre 1859 als Sohn des Generals Andreas Karpinski geboren, besuchte der Verstorbenen zunächst ein Gymnasium seiner Vaterstadt, worauf er an verschiedenen Universitäten alte Sprachen, Geschichte und russische Sprache studierte. Darauf kam er nach Lodz, wo er am hiesigen Regierungsmädchennegymnasium als Lehrer angestellt wurde. Dann kam er an das Knabengymnasium, an dem er einige Jahre als Lehrer und dann als Inspektor wirkte. Im Jahre 1908 siedelte er nach Warschau über, wo er zunächst das Amt des am IV. Knabengymnasium, hierauf das des Direktors an der Kommerzschnule der Moskauer und Warschauer Kaufmannschaft bekleidete. Mit Ausbruch des Krieges begab er sich mit Frau und Sohn nach seiner Vaterstadt Moskau, wo er jetzt Ende März dieses Jahres an einer Blutvergiftung starb. Sein freundliches Wesen erworb ihm die Herzen aller die mit ihm in Verbindung kamen. Er wird auch in Lodz bei vielen unvergessen bleiben. Er ruhe in Frieden!

Adolf Kaunert. Im Alter von 56 Jahren starb in Lodz der Spinnmeister Adolf Kaunert. Vor 18 Jahren nach Lodz gekommen, trat der Verstorbenen, der in Bialystok das Licht der Welt erblickte, in die Firma Leonhardt, Woelfer und Garbardt ein, in welchem Betriebe er gegen 14 Jahre wirkte. Der Verunglückte befandete allzeit großes Interesse für das deutsche Schulwesen und das Vereinsleben, und wirkte gern in den verschiedenen Veranstellungen mit, so daß er in der deutschen Gesellschaft sehr bekannt wurde. In seiner Bahre trauert die Frau und 4 Kinder sowie eine große Zahl von Verwandten, Freunden und Bekannten. Er ruhe in Frieden!

Vorträge über Philosophie. Der 9. Vortrag findet heute, am Dienstag, den 3. Juni, pünktlich um 8 Uhr abends, im Lokale des Kommissionsvereins — Pusta 10 statt. Inhalt: Der Ursprung und das Wesen des Sittlichen. Ueber die Moraltheorie. — Geschichtsphilosophie. Was ist Geschichte? Quellen, Quellentypen, Interpretation. Objektive und subjektive Auffassung und Darstellung des geschichtlichen Zusammenhanges. Die verschiedenen Formen der geschichtlichen Weltanschauung.

Monatstarten auf den Zufuhrbahnen sind endlich ausgesetzt worden. Das bedeutet eine große Erleichterung für die auswärtigen Schüler, die die Lodzer Lehranstalten besuchen. Manche Eltern, die der hohen Fahrpreise wegen ihre Kinder aus den Lodzer Schulen nehmen mußten — wir denken da besonders an das deutsche Lyzeum — können nun die Erziehung ihrer Lieblinge in Lodz vollenden lassen.

Probieramt. Für das frühere russische Teilungsgebiet wird auf Grund des bisher nicht aufgehobenen russischen Gesetzes über das Probierwesen ein Probieramt für Edelmetalle organisiert. Der Prägeempfel für das Proben wird von einem Künstler entworfen. Das Probieramt wird seine Tätigkeit in Warschau im nächsten Halbjahr beginnen. Gleichzeitig wird das polnische Probiergesetz für Edelmetalle ausgearbeitet, das für ganz Polen in Kraft sein wird.

Fast eine halbe Million Arbeitsloser. Die staatlichen Arbeitsvermittlungsbüro im früheren Königreich Polen haben seit Beginn ihrer Tätigkeit bis zum 3. Mai 403 555 Arbeitslose registriert. In Warschau wurden 93 467

der Schulle und sein Vater abends in das Wirtshaus gingen, irgend etwas verlaun zu lassen. Auch dann noch merkte Hannchen nichts, als die eigenen Mäde hinter ihrem Rücken zu sichern begannen und ein dreifaches Wesen zeigten. Ging sie doch völlig in der Pflege ihres Kindes und in der Wirtstaf auf.

Ueberdies trat an einem Tage gegen Ende der Woche ein Ereignis ein, das sie und die Jhrigen so sehr in Anspruch nahm, daß sie darüber der Ereignisse der Außenwelt gar nicht achteten.

10.

Als Graf Artur am Morgen dieses Tages an den Frühstückstisch trat und, nachdem er Bera gelant den Morgengruß geboten, die eingelaufenen Briefe durchsah, überreichte er gleich darauf seiner jungen Frau einen dieser Briefe, dessen Betreff er soeben beendet hatte.

„Da, lies! Von Max. Es wird Dich interessieren.“

Besonders interessante Neuigkeiten enthielt der Brief nun freilich nicht.

Als Wera aber an eine bestimmte Stelle gekommen war, fluchte sie, ließ die Hand mit dem Briefe sinken und sah ihren Mann mit großen Augen an.

„Was bedeutet denn das? Max schreibt da, er freue sich, Dir mitteilen zu können, daß es ihm gelungen sei, einen tüchtigen Förster für Dich aufzutreiben, und Du würdest mit der Wahl zufrieden sein?“

Der Graf erröte unter dem fragenden Blicke Weras doch ein wenig.

Fortsetzung folgt.



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meinen innigstgeliebten Vatten, unseren herzensguten Vater, Schwager, Onkel und Kusine

Adolf Lannert

Spinnmeister

im Alter von 56 Jahren nach langem schweren Leiden zu sich in die Ewigkeit abzurufen. Die Beerdigung der irdischen Hülle des teuren Entschlafenen findet Mittwoch, um 1/2 Uhr nachmittags, vom Trauerhause Luisenstraße 22 aus, auf dem alten evangelischen Friedhofe statt.

Um stilles Beileid bitten

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.



Sonntag, den 1. Juni, um 2 Uhr nachmittags, verschied plötzlich unser teurer unvergeßlicher

Adolf Löffler

an den Folgen eines Gehirnschlages im Alter von 58 Jahren.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 4. Juni, um 3 Uhr nachmittags, vom Trauerhause aus statt.

Die trauernde Familie.

Pabianice.



Wir erhielten die traurige Nachricht, daß im März dieses Jahres in Moskau unser lieber Schwager und Onkel

Andrej Andrejewitsch Karpinski

ehemaliger Inspektor am früheren Lodzjer Kronen-Knabengymnasium im 60. Lebensjahre in ein besseres Jenseits abberufen wurde.

Die trauernden Verwandten.



Am Montag, den 2. Juni, um 6 Uhr früh, verschied nach langem Leiden unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin, Tante und Kusine

Berta Raschner geb. Riedel

im 67. Lebensjahre. Die Beerdigung findet Mittwoch, den 4. Juni, um 1/2 Uhr nachmittags, vom Trauerhause, Zielonastraße 26, aus, auf dem alten evangelischen Friedhofe statt.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.



Ausverkauf!

Mäntel für Mädchen und Knaben M. 50, 75 u. 100.

Große Auswahl!

Sacco - Anzüge

M. 450, 550 u. teurer.

Damen - Mäntel

neueste Fassons.

Herren - Anster

M. 325, 445 u. teurer.

Schmiedel u. Rosner

Lodz, Petrikauer 100.

Wertmeister

wünschte ich zu hören, seinen anderen Herrn. Wenn Sie beschäftigt? bitte briefliche Auskunft unter „Wertmeister“ an die Exped. bis. W. Schreiben für Sie, persönlich abholen Montagabend 6 Uhr abends in der Expedition bis. W.

Heirat!

Für meine Schwester, die häuslich und wirtschaftlich erzogen ist, 10-tausend Mark Mitgift besitzt, keine großen Ansprüche macht, suche ich einen braven anständigen deutsch-evangelischen Herrn, nicht über 30 Jahre zum Ehepartner. Off. Zuschriften unter „Solo“ an die Exped. bis. W. erbeten.

Heiratsgesuch!

Mechaniker, hier fremd, 32 Jahr alt, sehr gebildet, sucht auf diesem Wege Damen-Gesellschaft. Junge Witwe mit einem Kind nicht ausgeschlossen. Etwas Vermögen erwünscht. Nur ernstgemeinte Offerten, wenn möglich mit Bild, unter „H. H.“ an die Exped. dieses Blattes erbeten.

Heirat.

Intelligenter, in den besten Jahren stehender vermöglicher Herr wünscht eine gebildete Dame im Alter von 25-32 Jahren, die mindestens ein Barvermögen von 20 Tausend Mark besitzt, zwecks Heirat kennen zu lernen. Witwe ohne Anhang nicht ausgeschlossen. Damen, die es ernst meinen und in der Ehe wirklich glücklich werden möchten, belieben ihre Zuschriften zu richten: poste restante, okazielowi banknotu 1000 markowego Nr. 1110351A. Diskretion wird zugesichert.

Kino „Polonia“

16 Konstantiner Straße 16.

Heute Premiere!

Heute Sensation!

Nach vierjähriger Unterbrechung zum ersten Mal in Lodz:

Eine neue Serie des berühmten französischen Abenteuerfilms in 6 Bildern

Protea

Abis! Die Fortsetzung dieses ungewöhnlichen Bildes wird vom Dienstag, den 10. d. M. ab erfolgen.

Blumen - Sträuße,

Kränze, geschmackvolle Körbe und Dekorationen liefert und führt aus am besten und billigsten das neu eröffnete

Blumengeschäft von B. LENICA,

Glowna-Straße Nr. 2.

Reklamebüro Gersdorf.

Kommissions-Geschäft

von

35

Feliks Potz

35

Sienkiewiczska (Nikolajewka)

empfiehlt Herren- und Damen-Kleider, verschiedene Damen- und Kinder-Garderobe, Wäsche u. a. zu mäßigen Preisen. Nehme alle im Hausstande entbehrlichen Gegenstände zum Verkauf an.

Zu verkaufen:

Automobilzubehör, Schmiedewerkzeuge, Bohrmaschine Ventilator, eiserne zweifelhafte Schmiedeisen, verbleibendes Material, Federn, Achsen, Räder u. dergl. Zu erfragen bei Gebauer, Sienkiewiczska-Straße Nr. 9 und Andreas-Straße Nr. 45 beim Wächter.

Suche Stellung als

Wirtschafterin

Stundenweise bei alleinstehendem Herrn. Gute Zeugnisse sind vorhanden. Off. unter „W. 767“ an die Exped. bis. W.

Suche Stellung als

Wirtschafterin

bei alleinstehendem Herrn hier oder auswärts. Adresse zu erfahren in der Exped. d. Bl.

Photogr.

Apparat

10 mal 15 verkauft Schmidt, Andrzejewski 52, B. 8.

Paszport

na imię Iosk Aron Lipszyc, zgebiono. Proszę o zwrot pod ul. Skwerowa 18, m. 16.

Legitymację

chlebową na imię Bogumil Halewicz, ul. Przedzusińska 55, zagoniano.

Dr. S. Kantor

Spezialarzt für Haut- u. venerische Krankheiten. Petrikauer Straße Nr. 144, Ecke der Evangelischen Kirche. Behandlung mit Röntgenstrahlen u. Quarzlicht (Hautausfall), Elektrifikation u. Massage (Männer-schwäche). Krankenempfang von 9-2 u. v. 6-8, f. Damen v. 6-8.

Dr. med. W. Rohin

Petrikauer Straße 71 empfängt 632 Herz- und Lungenerkrankte von 10-11 und von 4-6 Uhr.

Spezialarzt

D. L. Prybulski, Jawadzka 1 (Schleibers-Neubau). Haut- und venerische Krankheiten und Männer-schwäche. Krankenempfang von 9-2 u. v. 4-8 Uhr. Damen v. 6-8 Uhr.

Schnellen

französischen Unterricht erteilt Dame (Paris stud.) nach bewährter praktischer Methode einzeln und in Gruppen. Off. unter „E. 818“ in der Exped. bis. W. erbeten.

Kino „CORSO“ Zielona-Straße 2. In den nächsten Tagen gelangt das größte Filmprogramm der Firma „Palma Frères“ in Lodz zur Aufführung unter dem Titel:

Le Kaiser

La Brute de Berlin

größere Einzelheiten folgen!

Ein Glor der Saison!!!

Kino „CORSO“ Zielona-Straße 2.